Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 48 (1968-1969)
Heft: 11

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

RUNDSCHAU

ENDE DER ÄRA JOHNSON

Am 20. Januar ist in Washington die Präsidentschaft Lyndon B. Johnsons zu Ende gegangen. Noch ist es zu früh, Soll und Haben dieser Administration gegeneinander abzuwägen und endgültig Bilanz zu ziehen. Unter Johnson sind die Vereinigten Staaten sowohl innen- wie aussenpolitisch in eine *schwere Krise* hineingesteuert. Durch das ständig gesteigerte Engagement in Vietnam hat Amerika sich in eine Situation manövriert, aus der es nur mit Mühe einen Ausweg findet, der ihm erlaubt, das Gesicht zu wahren. Im Inneren haben die Rassenunruhen in der Amtszeit Johnsons einen neuen Höhepunkt erreicht. Vietnam und die Rassenfrage haben innerhalb der amerikanischen Nation tiefe Gräben aufgerissen und das Land gespalten wie nur selten zuvor in seiner Geschichte.

Johnsons Erbe

Das Erbe, das Johnsons Nachfolger Richard Nixon anzutreten hat, lastet schwer auf der neuen Administration. Dennoch wäre es verfehlt, in der Ära Johnson nur negative Aspekte aufzuzeigen. Johnson hat den Vietnamkonflikt von seinem Vorgänger John F. Kennedy übernommen und dessen Politik in gewissem Sinne fortgesetzt. Die *Eskalation des Engagements* in Südostasien hatte schon unter Kennedy eingesetzt, und es ist schwierig zu sagen, wie dieser sich angesichts des sich ständig steigernden Einsatzes der Kommunisten verhalten hätte, der die Position der USA in Asien unterhöhlte und zum Einsturz zu bringen drohte. Unter Johnson ist diese Eskalation zu einem Gipfelpunkt gesteigert worden; gleichzeitig hat der Präsident in der letzten Phase seiner Administration die entscheidenden Schritte zum *Abbau* der übernommenen Verpflichtungen eingeleitet. Die Bombardierung Nordvietnams wurde im Frühjahr 1968 zunächst teilweise, im Herbst darauf völlig eingestellt.

In Paris tagen seit dem 10. Mai eine amerikanische und eine nordvietnamische Delegation, um die Möglichkeiten von *Friedensgesprächen* abzutasten. Wenige Tage vor Johnsons Abgang wurde eine entscheidende neue Phase der Unterhandlungen eingeleitet, indem endlich die Formalitäten über die Sitzordnung der Delegationen bereinigt und damit die eigentlichen Friedensgespräche eröffnet werden konnten. Niemand wird der Illusion verfallen, diese Gespräche würden rasch zu einem konkreten Ergebnis führen. Die Präliminarien der Kontakte in Paris haben gezeigt, dass im günstigsten Falle zähflüssige Verhandlungen resultieren, die nur Schritt für Schritt vom Flecke kommen werden. Aber das Eis ist gebrochen, und es bleibt eine Tatsache, dass unter Johnson der Krieg in Vietnam zwar seinen höchsten Grad an Intensität erreicht hat, dass der Präsident aber auch den Weg eröffnet hat, um zu einer Regelung des Konfliktes zu kommen. Möglicherweise wird Nixon einmal ernten können, was in der Schlussphase der Administration Johnson gesät worden ist.

Auch innenpolitisch hat Johnson *entscheidende Akzente* gesetzt. Im Laufe seiner Administration sind die Gesetze in Rechtskraft erwachsen, die eine *Gleichstellung der Rassen* gewährleisten. Die Umrisse der Lösung eines Problems, an dem die Vereinigten Staaten seit ihrer Gründung herumlaborieren, sind damit aufgezeigt worden. Es wird freilich noch lange Zeit und einer beinahe unerschöpflichen *Geduld* bedürfen, bis die Formen eines einigermassen erträglichen Nebeneinanderlebens der Weissen und Farbigen gefunden worden sind. Aber auch bei dieser Frage gilt das gleiche wie für Vietnam: die wichtigsten

Wegmarken sind gesetzt und die entscheidenden Impulse gegeben worden – an der kommenden Regierung liegt es nun, die Ziele zu realisieren, die von der Administration Johnson anvisiert wurden.

Man hat Lyndon B. Johnson oft unterstellt, dass er grossen Wert darauf lege, vor der Geschichte eine gute Figur zu machen. Über seiner Regierungszeit lagerten zwar schwere Schatten, und Johnson ist es nicht gelungen, sie völlig zum Verschwinden zu bringen. Er hat die politischen und ökonomischen Krisen nicht völlig überwunden, aber er hat doch die Grundlagen geschaffen, um sie zu meistern. Einen sichtbaren *Triumph* hat Johnson wenige Wochen vor seinem Rücktritt noch erleben können: die Mondumkreisung von Apollo 8, die auf eindrücklichste Weise die technische Überlegenheit der Vereinigten Staaten demonstrierte. Auch hier war Johnson wiederum der Vollender der Ideen Präsident Kennedys, die dieser zu Beginn seiner Administration skizzierte, als er die Landung auf dem Mond im Jahre 1969 oder 1970 zur nationalen Aufgabe proklamierte.

Rennen im Weltraum

Der technische Führungsanspruch der USA ist freilich nicht unbestritten. Kurz nach dem amerikanischen Erfolg mit dem Raumschiff Apollo 8 hatten die *Russen* einen zwar weniger spektakulären, aber für die künftige Raumfahrt und Raumforschung wahrscheinlich mindestens so wichtigen Erfolg zu verzeichnen. Zum ersten Mal gelang es, zwei Raumschiffe – Sojus 4 und Sojus 5 – auf ihren Umlaufbahnen zu koppeln und von der einen Kapsel in die andere umzusteigen. Die Voraussetzung für die Errichtung *permanenter Raumstationen* ist damit geschaffen. Solche Raumstationen werden nicht nur zu Ausgangspunkten für die weitere Erforschung des Alls werden, sie können ebenso für näherliegende terrestrische Planungen eingesetzt werden, für zivile wie für militärische. Eine Umwälzung militärisch-strategischer Überlegungen würde sich ankündigen, wenn plötzlich die beiden Weltmächte im Raum ihre Stützpunkte errichten würden, von denen aus sie den Gegner beobachten, unter Kontrolle halten oder bedrohen könnten. Vor wenigen Jahren ist allerdings durch Vermittlung der UNO ein Abkommen geschlossen worden, das den Signatarstaaten verbietet, den Weltraum für militärische Zwecke zu verwenden. Das geschah zu einem Zeitpunkt, als eine solche Planung noch nicht unmittelbar möglich erschien. Bald wird es sich zeigen, ob dieses Abkommen vor den machtpolitischen Realitäten Bestand haben wird. Die Erfahrungen der Vergangenheit lassen wenig Hoffnung zu, dass diese Vereinbarung eingehalten wird, wenn es den Supermächten zweckmässig erscheint, die Überwachung ihrer Sicherheit auch auf ausserterrestrische Bereiche auszudehnen.

De Gaulles eigener Weg

Die Erfolge der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion in der Erforschung des Weltraumes haben in den vergangenen Wochen einmal mehr gezeigt, dass es auch heute auf der Erde nur diese *zwei Mächte* gibt, die sich in ihren machtpolitischen und technischen Möglichkeiten einigermassen die Waage halten können. Gemessen an ihrer Stärke und ihrem militärischen Potential sind alle anderen Staaten nur Mächte zweiten Ranges. Besonders schmerzlich muss diese Erkenntnis für das Frankreich Präsident *de Gaulles* sein, das sich eben anschickt, der Welt seinen Anspruch auf Gleichberechtigung neben den andern Grossen in Erinnerung zu rufen. De Gaulle hat den Überfall der israelischen Kommandos auf den Flughafen von *Beirut* zum Anlass genommen, um die Einberufung einer *Viermächtekonferenz* zu verlangen, die das Nahostproblem regeln sollte. Gewissermassen als Vorleistung und als klare Umschreibung seiner Position hat de Gaulle Israel für seine Aktion gegen Beirut damit bestraft, dass er ein vollständiges *Waffenembargo* gegen den

jüdischen Staat verhängte. Frankreich sucht auf diese Weise seine Stellung in den arabischen Ländern, die seit dem Suezabenteuer von 1956 erschüttert war, neu zu festigen und gleichzeitig ein Abgleiten Algeriens ins Lager der sich als Freunde der Araber gebärdenden Sowjets zu verhindern.

Der Erfolg, den de Gaulles Initiative bisher hatte, war minimal. Zwar hat der *Sicherheitsrat* einmütig Israels Aktion gegen den Libanon verurteilt, aber er hat von der Ergreifung von Sanktionen abgesehen. Ein fast uneingeschränkt positives Echo hat der französische Vorstoss im Nahostkonflikt lediglich in der *Sowjetunion* gefunden. Moskau erblickte in der Anregung de Gaulles mit Recht eine Stärkung seiner eigenen Stellung im östlichen Mittelmeer. Das Engagement im Nahen Osten hat den Russen bisher nicht viel eingebracht. Ihre Politik des Lavierens, die darauf abzielte, den arabisch-israelischen Streit auf Sparflamme am Kochen zu halten, hat bei den ungeduldigen und auf Revanche sinnenden Arabern steigenden Verdruss hervorgerufen. In ihrer Enttäuschung über die zurückhaltenden Sowjets konzentrierten sie sich in letzter Zeit vermehrt auf *Amerika* und die neue Administration, von der sich die Araber eine grössere Unterstützung erhoffen als von Johnson. Die Sowjets haben durch die Entsendung Aussenminister *Gromykos* nach Kairo Ende Dezember versucht, der arabischen Enttäuschung entgegenzuwirken und die aufgeregten Gemüter zu beschwichtigen. De Gaulles Vorstoss und seine Solidarisierung mit den Arabern hat nun den Sowjets einen Teil ihrer Sorgen abgenommen. Dadurch, dass Frankreich sich in vorderste Front stellt und mit drohenden Gesten an die Adresse Israels nicht spart, erhält Moskau die Möglichkeit, weiterhin seine Politik der Distanz, des Abwartens und des halben Engagements zu betreiben.

Der Kurs, den Paris in seiner Nahostpolitik eingeschlagen hat, birgt zahlreiche *Implikationen* in sich. Im Drang, seine weltpolitische Rolle aufzuwerten, sucht Frankreich neue Kontakte mit der Sowjetunion. Der Empfang, der dem anfangs Januar in Paris weilenden sowjetischen Vizeministerpräsidenten *Kirillin* bereitet worden ist, war ein deutliches Symptom dafür, dass Frankreich im Interesse einer Bereinigung des Verhältnisses mit Moskau recht weit gehen will. Der Nachhall des 21. August, an dem die Sowjetunion durch die brutale *Invasion der Tschechoslowakei* demonstrierte, dass sie nur dort bereit ist, Entspannungspolitik zu betreiben, wo es unmittelbar ihren Interessen nützt, dieser Nachhall ist in Frankreich offensichtlich längst verklungen. Die alte Taktik der «Détente, entente, coopération» wird wieder aufgenommen. Der Leidtragende dieser Politik wird auf lange Sicht der *gesamte Westen* sein, dessen fast hoffnungslose Zersplitterung durch den Alleingang de Gaulles aufs neue drastisch unterstrichen worden ist.

Fabius

DIE SOWJETS UND IHR TSCHECHISCHES URAN

Neue Gesichtspunkte für die Beurteilung des russischen Einfalls in die Tschechoslowakei

Der brutale Überfall der Sowjets auf die wehrlose Tschechoslowakei erfolgte für die Weltöffentlichkeit völlig überraschend. Mittlerweile hat sich die öffentliche Meinung ganz allgemein und besonders im Westen einigermassen vom Schrecken erholt und sich mit den Tatsachen abgefunden. Die Beweggründe und die tiefere Bedeutung der sowjetischen Handlungsweise bilden aber seither Gegenstand sorgfältiger Untersuchungen und Auswertungen bei verschiedenen Stellen des

Pentagons, des NATO-Hauptquartiers und zahlreicher Ministerien der europäischen Staaten.

Trotz der von manchen militärischen und politischen Kommentatoren und selbst von Staatsmännern mit auffallender Redegewandtheit vorgebrachten Ansicht, die sowjetische Invasion komme eigentlich einem Misserfolg gleich, der schliesslich zu einem Auseinanderbrechen des sowjetischen Imperiums führen könnte, war sie, namentlich vom *militärischen* Gesichtspunkt aus gesehen, *ein durchschlagender Erfolg*. Der geringe Preis, den die Sowjets in Form der wenig wirksamen Kritik seitens der öffentlichen Meinung im Westen und selbst einiger westeuropäischer kommunistischer Parteien zu bezahlen hatten, ist durch ihre beträchtlichen strategischen Gewinne weitgehend wettgemacht worden.

In der ganzen Welt erschienen Hunderte, wenn nicht gar Tausende von Artikeln, deren Verfasser Ursache und tiefere Bedeutung des sowjetischen Vorgehens analysierten. Der wichtigste Grund jedoch, der bei den Debatten im Kreml bezüglich der Ratsamkeit einer Intervention in der Tschechoslowakei zweifellos eine ausschlaggebende Rolle gespielt haben muss, entging bisher der Aufmerksamkeit selbst der bestunterrichteten Sowjet-Experten des Westens. Es war dies nämlich *die Furcht der Russen, infolge der freiheitlichen Entwicklung in der Tschechoslowakei den ungehinderten Zugang zu den tschechischen Uran- und Ilmenitminen, den wichtigsten Rohstoffquellen für die Verwirklichung ihres nuklearen Rüstungsprogramms, zu verlieren.*

Die sowjetische Nuklearrüstung

Die Motive für die sowjetische Handlungsweise lassen sich besser verstehen, sobald man sie im Zusammenhang mit den unablässigen Anstrengungen betrachtet, womit die Russen ihr *nukleares Rüstungspotential* ausbauen. Chruschtschew begann damit schon in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre; ein Höhepunkt seiner Bemühungen war der Abschuss der «Sputniks». Seit wenigen Jahren verfügen die Russen nun auch über die höchst bedrohliche Satellitenbombe, das heisst über eine strategische Kernwaffe, die auf einer Satellitenbahn die Erde umkreisen und nach Belieben zur Explosion gebracht werden kann. Bereits erfolgte die Zündung einer solchen Bombe in grosser Höhe über Nowaja Semlja im Nördlichen Eismeer. Die heutigen sowjetischen Machthaber setzen die einmal begonnenen Bemühungen fort, allerdings mit einem bemerkenswerten Unterschied: Chruschtschew hatte nämlich zugunsten des atomaren Rüstungsprogramms die eigentlichen Kampftruppen vernachlässigt, was zweifellos mit zu seinem Sturz beitrug. Seine Nachfolger verstärkten sowohl die Streitkräfte des Warschauer Paktes als auch die sowjetische Flotte und trieben gleichzeitig den Ausbau des russischen Kernwaffen-Potentials voran. In diesem Zusammenhang dürfte auch der Hinweis interessieren, dass die Russen die USA Ende 1968 auf dem Gebiet der Interkontinentalraketen eingeholt haben dürften und dass sie – rein nach der gesamten Sprengkraft ihres Kernwaffenarsenals gerechnet – gegenüber den Vereinigten Staaten bereits einen bedrohlichen Vorsprung aufweisen.

Um die atomare Rüstung mit dem Ziel der Überlegenheit über die USA weiterzubetreiben, müssen die Russen vor allem den *stetigen Nachschub an radioaktivem Rohmaterial* – in erster Linie Uran – sicherstellen. Dabei befinden sie sich aber sehr im Nachteil gegenüber dem Westen. Dieser verfügt über einen Überfluss an Uran, so in Texas in den USA, in Kanada, in Australien, in Südafrika und ganz besonders im Kongo, wo die Versuche der Sowjets, die dortigen Uranminen unter ihre Kontrolle zu bringen, bekanntlich gescheitert sind. Der Westen konnte es sich sogar leisten, die Ausbeutung einiger Uranvorkommen vorübergehend zu unterbrechen. Die Sowjetunion hingegen verfügt auf ihrem *eigenen Territorium* nur über wenige abbauwürdige Uraniumlager. Diese liegen in der Gegend des Baikalsees, nämlich bei Tarak, Kazachinskoje und

Slyudianka; ferner wird Uranium aus radioaktiven Gewässern in der Pechora-Region (südlich der Halbinsel Kola) gewonnen. Bei Fergana, in der Gegend von Samarkand in Zentralasien, wird monazithaltiger Sand abgebaut, der aber nicht besonders reich an radioaktivem Material ist und jedenfalls in qualitativer Hinsicht ähnlichen Vorkommen in Indien nachsteht, die von der indischen Regierung bisher zur Erzeugung von Atomenergie für friedliche Zwecke ausgebeutet wurden. (Möglicherweise lag der intensiven wirtschaftlichen und politischen Durchdringung Indiens durch die Sowjets unter anderem auch der Wunsch zugrunde, Zugang zu diesen Monazit-Vorkommen zu gewinnen.)

Abhängigkeit von ausländischen Uranminen

Auf jeden Fall sahen sich die Russen angesichts der recht geringen Qualität der sowjetischen Uranerze und der daraus folgenden hohen Ausbeutungskosten gezwungen, nach anderen Rohstoffquellen Ausschau zu halten. Die Voraussetzungen in Osteuropa – mit Ausnahme Ostdeutschlands und der Tschechoslowakei, die in geologischer Hinsicht eine Einheit bilden – erscheinen auch nicht besonders verheissungsvoll. In *Polen* entdeckte man 1948 einige Uranvorkommen bei Breslau; sie werden seither von den Russen ausgebeutet. Dasselbe gilt für *Ungarn:* Aufgrund eines Geheimabkommens, das den Russen ausschliessliche Schürfrechte verschaffte, wird seit 1954 der Uranbergbau bei Pecz (Fünfkirchen) betrieben. Ähnlich liegen die Dinge in *Rumänien*, wo geringe Uranvorkommen in Transsylvanien gefunden wurden, und schliesslich auch in *Bulgarien*, wo eine kleine Mine bei Buhovo, etwa 25 Kilometer von Sofia entfernt, ebenfalls von sowjetischem Personal ausgebeutet wird.

Die reichsten und wertvollsten Uranlager befinden sich in *Ostdeutschland* und in den unmittelbar jenseits der Grenze gelegenen Gebieten der *Tschechoslowakei.* Die fünf bekannten ostdeutschen Abbaugebiete liegen in Sachsen, Ostthüringen und im Vogtland. Ein dem Namen nach sowjetisch-ostdeutsches Gemeinschaftsunternehmen, die WISMUT AG, fördert hier das Uran. Die tschechischen Uranminen liegen im nordwestlichen Landesteil in der Gegend von Jachimov (St. Joachimsthal) nördlich von Karlsbad. Ferner gibt es noch ein kleines Minengebiet bei Pribram in Südböhmen. Ilmenitminen finden sich im Yesmenniki-Gebirge («Gesenke») in Mähren, nahe der polnischen Grenze. Minen bei Pirak, südlich von Pilsen, enthalten Ilmeno-Rutil, das sich zur Herstellung von Plutonium, der Ladung von Wasserstoffbomben, eignet. Die Minen um Jachimov sind so intensiv ausgebeutet worden, dass sie heute praktisch erschöpft sind und der Abbau eingestellt worden ist. Auch die Minen bei Pribram scheinen nach Jahren intensivster Ausbeutung nicht mehr viel herzugeben. Inzwischen sind aber wieder drei neue Vorkommen entdeckt worden, nämlich Kutna Hora in Südböhmen, Sumava in Ostböhmen und eine weitere Fundstätte im Karkonosi-Gebirge an der polnischen Grenze.

Kurz vor Ende des Zweiten Weltkrieges brachte General Eisenhower den Vorstoss General Pattons gegen Prag auf Befehl Washingtons zum Stehen. Die Rote Armee zog in der Tschechoslowakei ein, und sofort unterstellten die Russen alle Minengebiete der Kontrolle durch die sowjetische Militärverwaltung und verboten den Zutritt zum ganzen Gelände. Die gleiche Massnahme trafen die Russen in der Gegend südlich von Kaliningrad (Königsberg) in Ostpreussen und in Karpatho-Ruthenien. In beiden Gebieten errichteten sie wohl Abschussbasen für ihre Mittelstreckenraketen und vorgeschobene Nachschubdepots, um die ungünstigen Auswirkungen der NATO-Strategie zu vermeiden. Nie wurden irgendwelche Zahlen über die Uranförderung bekanntgegeben. In der Regel liessen die Russen das Rohmaterial unter scharfer militärischer Bewachung unverzüglich zur weiteren Verarbeitung in die Sowjetunion transportieren. In der Spitzenzeit der mittleren fünfziger Jahre

fuhren etwa dreissig Züge mit Uranerz nach Russland.

Alle diese Erzlager in der Tschechoslowakei – wie überhaupt in ganz Osteuropa – wurden von Zehntausenden von politischen Häftlingen abgebaut, die in zahlreichen Konzentrations- und Zwangsarbeitslagern lebten. Den entsetzlich schlechten Arbeitsbedingungen und namentlich den schädlichen Strahlungsauswirkungen fielen Tausende dieser Gefangenen zum Opfer. Erst nach Stalins Tod besserten sich die Arbeitsbedingungen ein wenig, und die Russen fanden sich bereit, das kostbare Erz zu bezahlen. Die Öffentlichkeit erfuhr freilich nie etwas über die bezahlten Preise oder über das Förderquantum. In Anbetracht der rücksichtslosen Ausbeutung ihrer Satelliten lässt sich mit Sicherheit annehmen, dass der von den Sowjets eigenmächtig angesetzte Preis nur einen Bruchteil des Weltmarktpreises betragen haben kann.

Der Rückschlag im Kongo und Befürchtungen in bezug auf die CSSR

Zu Beginn der sechziger Jahre drohten die Minen bei Jachimov zu versiegen. Die Russen, darüber alarmiert, unterbreiteten dem damaligen Machthaber des Kongos, Lumumba, ein überaus grosszügiges Angebot, um die dortigen Uranminen unter ihre Kontrolle zu bringen. Ihr Misserfolg bedeutete nicht nur einen politischen Rückschlag, sondern auch eine ernsthafte Gefährdung der langfristigen Pläne für den Ausbau des sowjetischen Nuklearwaffen-Potentials.

Die sowjetischen Befürchtungen erhielten weitere Nahrung durch Meldungen, wonach gewisse *Kontakte zwischen der tschechischen Minenverwaltung und einigen westlichen Interessenten* stattgefunden hätten. Diese wären natürlich bereit gewesen, Weltmarktpreise für das Uranerz zu bezahlen. Schon 1967 reiste ein aus der Tschechoslowakei stammender kanadischer Minenindustrieller nach Prag, um eine engere Zusammenarbeit zwischen der tschechischen und der kanadischen Uranindustrie in die Wege zu leiten. Die Russen zeigten sich äusserst beunruhigt, und auf ihren Befehl hin erfolgte der Abbruch aller Verhandlungen in dieser Angelegenheit. In der Folge mussten die Russen aber doch fürchten, im günstigeren Falle in einen handelspolitischen Wettbewerb mit dem Westen treten zu müssen, oder aber im schlimmeren Falle, sofern der Liberalisierungsprozess in der Tschechoslowakei zu weit gedeihen sollte, den Zugang zu diesen Minen gänzlich zu verlieren. Auch lässt sich die Möglichkeit nicht völlig von der Hand weisen, dass die Sowjets an das von ihnen mit hysterischem Aufwand an die Wand gemalte Schreckgespenst der «Deutschen Gefahr» selbst glaubten, dass sie also fürchteten, Westdeutschland könnte sich Zugang zu den tschechischen Uranminen verschaffen und damit in die Lage kommen, eigene Kernwaffen zu produzieren. Immerhin muss man derartige russische Argumente mit aller angebrachten Skepsis aufnehmen.

Im Lichte all der erwähnten Tatsachen und Entwicklungen lässt sich die sowjetische Invasion der Tschechoslowakei vielleicht eher als eine präventive Massnahme als eine Aggression betrachten. Dies würde bedeuten, dass die Russen, mindestens im gegenwärtigen Zeitpunkt, keine ernsthaften Aggressionspläne gegen ihre Nachbarn auf dem Balkan oder in Westeuropa hegen. Ehe sie sich zu irgendeinem weiteren militärischen Gewaltakt entschliessen können, werden sie überdies die Lage in der Tschechoslowakei vollständig unter ihre Kontrolle bringen müssen. Namentlich haben sie sich darüber schlüssig zu werden, was sie mit den tschechischen Streitkräften anfangen sollen. Diese zählen rund 220000 Mann und sind mit den neuesten sowjetischen Waffen ausgerüstet. Angesichts der unvermindert wachsenden antisowjetischen Stimmung im Lande, kann auf ihre Zuverlässigkeit keinesfalls abgestellt werden. Den letzten Presseberichten zufolge sollen die sowjetischen Truppen, die in der Tschechoslowakei bleiben, nicht nur entlang der tschechisch-west-

deutschen Grenze Stellung beziehen – natürlich unter dem Vorwand, die Tschechoslowakei gegen einen Angriff aus dem Westen zu verteidigen; vielmehr sollen sie auch in der Umgebung der grösseren Städte stationiert werden, um – darüber besteht kein Zweifel – auch die geringsten Versuche einer bewaffneten Erhebung gnadenlos niederzuschlagen. Es mag hier am Rande erwähnt sein, dass zum gleichen Zweck heute, also zwölf Jahre nach dem ungarischen Aufstand, russische Truppen in der Gegend von Budapest stehen...

Der Erfolg in der Tschechoslowakei – Ermunterung zu neuer Aggressivität

Der Überfall auf die Tschechoslowakei brachte den Sowjets also vollen Erfolg. Die *Reaktionen im Westen* blieben schwächlich, nicht koordiniert und verworren. Die Russen könnten heute bereits ihre nächsten militärischen Schachzüge planen. Gerade ihre jüngsten Äusserungen lassen auf eine erboste und angriffslustige Stimmung schliessen, hervorgerufen teils durch die feindselige Kritik im Westen, teils durch das rasche Vorankommen ihres nuklearen Rüstungsprogramms und ihre verbesserte strategische Ausgangslage. Ihre unheilverheissende «*Breschnew-Doktrin*», die Gromyko vor den Vereinten Nationen darlegte, um den sowjetischen Einfall in die Tschechoslowakei zu rechtfertigen, und aufgrund derer sich die Sowjetunion heute das Recht anmasst, nicht nur in die inneren Angelegenheiten der Warschaupakt-Staaten, sondern auch in jene Jugoslawiens und anderer «sozialistischer» Länder ausserhalb Europas einzugreifen, zeigt den Grad der *imperialistischen Gesinnung* der Sowjets. Sie stützt sich auf ihre militärische Macht, namentlich auf dem Gebiet der Nuklearwaffen.

Vor diesem Hintergrund der wachsenden militärischen Stärke der Sowjetunion und ihrer aggressiven Politik gilt es, die kurz- und langfristigen *Folgen* des Überfalls auf die Tschechoslowakei zu sehen. Dabei muss man die Tatsache in Rechnung stellen, dass sich die Sowjets – mit Ausnahme der Kuba-Episode von 1962 – gewöhnlich davor hüteten, die kritische «Schwelle» zu überschreiten und gefährliche politische Gratwanderungen zu unternehmen.

Angesichts der zunehmend feindseligen Haltung gegenüber dem Westen und des aggressiven Tons der sowjetischen Propaganda und der russischen Massenmedien namentlich gegenüber Rumänien, Jugoslawien, Albanien und ganz besonders gegenüber Westdeutschland, darf man die Möglichkeit nicht völlig ausschliessen – so unwahrscheinlich dies im Moment auch tönen mag –, dass eines dieser Länder den nächsten Schauplatz eines sowjetischen Überfalls bilden könnte. Dabei steht *Rumänien* mit grosser Wahrscheinlichkeit zuoberst auf der Prioritätsliste.

Deutschland in der Schusslinie?

Selbst wenn nun ein sowjetischer Vorstoss auf dem Balkan oder möglicherweise im Mittleren Osten völlig erfolgreich verliefe, so würde dies die strategische Lage der Sowjetunion gegenüber Europa doch nur in indirekter Weise verbessern. Hier aber, und besonders in *Deutschland*, möchten die Sowjets Fragen von entscheidender Wichtigkeit gerne in ihrem Sinn lösen. Bei der sowjetischen Führerschaft herrscht indessen völlige Klarheit darüber, dass ein direkter Angriff auf Europa, ungeachtet der nicht mehr voll wirksamen amerikanischen Abschreckung, einen umfassenden Atomkrieg zur Folge hätte. Einen solchen wollen die Russen um jeden Preis vermeiden, ehe sie völlig darauf vorbereitet sind.

Nichtsdestoweniger zeigen ihre jüngsten feindseligen Verlautbarungen gegenüber der Bundesrepublik Deutschland, dass sich die Sowjets letzten Endes vielleicht doch mit gewissen Absichten und Plänen für ein militärisches Abenteuer in Europa tragen. In diesen Rahmen gehört etwa der Vorwurf, Westdeutschland habe Komplotte gegen die Tschechoslowakei geschmiedet, ferner auch der Hinweis auf die

Möglichkeit einer einseitigen sowjetischen Intervention in die inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik aufgrund des Potsdamer Abkommens von 1945 und der Feindstaatenklauseln der UNO-Charta, die der Westen zwar heute als obsolet betrachtet. Bis zum Zeitpunkt des russischen Einfalls in die Tschechoslowakei glaubte man in der Regel in allen westlichen Hauptstädten – ausser in Bonn –, dass, «obwohl die militärische Schlagkraft der Sowjetunion angestiegen ist, ihre politischen Absichten keinerlei aggressive Tendenzen zeigen».

Der sowjetische Überfall auf die Tschechoslowakei hat nun aber besonders in Anbetracht des stetigen Ausbaus des russischen Kernwaffen- und Flottenpotentials sowie der gleichzeitig mit Nachdruck betriebenen Einflussnahme Russlands in den von Grossbritannien geräumten weiten Gebieten «östlich von Suez» eine neue Lage geschaffen und im Westen weitverbreitete Besorgnis hervorgerufen. Grund zur Sorge besteht besonders in Westdeutschland, das den Drohungen und mitunter Schmeicheleien der Sowjets unmittelbar ausgesetzt ist, und an dessen fast tausend Kilometer langer, praktisch ungeschützter Ostgrenze keinerlei Befestigungsanlagen bestehen, welche einen sowjetischen Einfall auch nur für kurze Zeit aufhalten könnten. Die *Befürchtungen im westlichen Lager* sind angesichts der eigenen militärischen Lage alles andere als unbegründet: Die NATO befindet sich im Zerfall, ein Prozess, der vor allem durch den Rückzug Frankreichs aus dieser Organisation beschleunigt wurde; der Bereitschaftsstand des «NATO-Schildes» ist unzulänglich, was aus neueren Publikationen des Unterausschusses des amerikanischen Kongresses für die bewaffneten Streitkräfte hervorgeht. Darin wird auf die erschrekkenden Mängel der Siebten Amerikanischen Armee in Europa und der Sechsten Amerikanischen Flotte im Mittelmeer hingewiesen.

Theoretisch gesehen stehen den Russen für den Fall eines Krieges in Europa zwei Möglichkeiten offen: Infolge des kürzlichen Truppenaufmarsches in der Tschechoslowakei verfügen sie heute über eine im Vergleich zu früher bedeutend günstigere Ausgangslage für die Durchführung der von ihnen bevorzugten, klassischen *Zangenstrategie*. In diesem Fall würden *zwei starke Panzervorstösse* erfolgen, und zwar ein nördlicher durch das Flachland von Schleswig-Holstein und ein südlicher durch Bayern. Beide würden sich dann erst westlich des Rheins treffen und so den Hauptteil der Streitkräfte des «NATO-Schildes», die in Rückzugsgefechte verwickelt wären, einschliessen. Zweifellos müssten gleichzeitig mit den beiden Panzervorstössen grössere Bestände an Fallschirmtruppen bei den wichtigsten Brücken und Rheinübergängen abgesetzt werden.

Genau abgestimmt auf die beiden Hauptstösse, würden selbstverständlich mehrere schwächere Angriffe auf der ganzen Front geführt, und zwar mit der Absicht, die unter amerikanischer Aufsicht stehenden vorgeschobenen Depots mit Sprengköpfen für taktische Atomwaffen sowie die NATO-Flugplätze, vor allem die für die Landung der auf dem Luftweg aus den USA eintreffenden amerikanischen Verstärkungen vorgesehenen Flugfelder und das für die ankommenden Truppen dort bereitgestellte schwere Kriegsmaterial zu vernichten oder einzunehmen. Zugleich hätten diese kleineren Angriffe den Zweck, die NATO über die Richtung der russischen Hauptvorstösse im unklaren zu lassen und sie so zur Aufsplitterung ihrer Reserven zu bewegen. Da nun alle diese militärischen Operationen auf einer breiten Front durchgeführt würden, hätten sie nicht nur eine ungeheure Verwirrung unter den Befehlshabern der NATO zur Folge, sondern auch eine allgemeine Panik unter der Zivilbevölkerung. Alle nach Westen führenden Strassen wären durch Hunderttausende von Privatautos mit Flüchtlingen und durch die zugleich vorstossenden sowjetischen Panzerfahrzeuge völlig verstopft. Bis heute hat das NATO-Hauptquartier noch keine wirksamen Massnahmen zur Vermeidung einer drohenden Massenpanik ausgearbeitet. Unter den voraus-

zusehenden Umständen wäre es den NATO-Truppen nicht möglich, ihre taktischen Atomwaffen gegen die sowjetischen Panzer, die inmitten der in panischer Angst fliehenden Volksmassen vorrückten, einzusetzen, um so den sowjetischen Vormarsch aufzuhalten.

Das westliche Kernwaffenpotential als einzige Sicherung

Nun wird sich aber das sowjetische Oberkommando trotz der Verlockung einer derartigen möglichen russischen Offensive in Westeuropa völlig darüber klar sein, dass der Westen im Fall des Versagens der NATO-Strategie der «flexiblen Verteidigung» nur noch die Möglichkeit hat, seine *strategischen Kernwaffen* einzusetzen, und zwar nach sorgfältig ausgearbeiteten Plänen. Gerade dies aber möchten die Russen vermeiden. Aus diesem Grund lässt sich behaupten, ein direkter sowjetischer Angriff auf Europa erscheine mindestens zum gegenwärtigen Zeitpunkt als äusserst unwahrscheinlich.

Für den Fall eines sowjetischen *Angriffs auf Berlin* hingegen wurde der Einsatz des atomaren Abschreckungspotentials der Vereinigten Staaten noch nicht unmissverständlich klar gemacht. Diesbezügliche Verlautbarungen aus den USA lassen sich noch immer in diesem oder jenem Sinne auslegen, und zwar ungeachtet offizieller amerikanischer Erklärungen, miteingeschlossen den berühmten Ausspruch des verstorbenen Präsidenten Kennedy: «Ich bin ein Berliner», womit er die uneingeschränkte Hilfsbereitschaft der Vereinigten Staaten bekräftigte. Angesichts der nicht völlig eindeutigen Haltung der USA in der Berlinfrage könnten die Russen hier, nach sorgfältigem Abwägen des gesamten Für und Wider, sehr wohl einen gleichsam lokalen Probeangriff in Betracht ziehen, um sich Klarheit über die Reaktionsweise des Westens zu verschaffen. Da überdies dem Potsdamer Abkommen zufolge die Verantwortung für die Verteidigung Westberlins bei den drei Grossmächten – den Vereinigten Staaten, Grossbritannien und Frankreich – liegt, und nicht bei der NATO, hoffen die Russen angesichts der Ungewissheit des französischen Standpunktes (General Lemnitzer sprach von «Ambiguität»), die Westmächte über der Frage der Verteidigung Berlins uneinig und damit praktisch gelähmt zu finden.

Schliesslich darf nicht vergessen werden, dass Westberlin über 150 Kilometer tief in ostdeutschem Territorium liegt. Militärisch lässt es sich nicht verteidigen. Es fiele den Russen leicht, die Stadt nach einem überraschenden Überfall aus der Luft zu besetzen, wie sie es am Beispiel von Prag vorexerzierten, sie mit ihren Panzerdivisionen vom Westen abzuschneiden und den Westen einfach vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Dem Westen stünde dann nur noch die Möglichkeit offen, mit dem Einsatz seiner strategischen Kernwaffen zu drohen. Eine solche Drohung müsste freilich mit genügendem Nachdruck vorgebracht werden, um auf die Russen eine abschreckende Wirkung auszuüben und sie zur Erkenntnis zu bringen, dass der Westen von einer «Position der Stärke» aus handle. Ein derartiger Entschluss hiesse aber für den jeweiligen amerikanischen Präsidenten nichts anderes, als dass um *einer* deutschen Stadt willen mehrere amerikanische Städte und Dutzende von Millionen oder gar noch mehr amerikanischer Leben der drohenden Vernichtung ausgesetzt würden. Aller Wahrscheinlichkeit nach erwarten hier die Russen, der in einer so kritischen Zeit amtierende amerikanische Präsident, in dessen Händen gleichsam das Schicksal der Menschheit liegt, werde dann zögern, auf den berühmten Knopf zu drücken. Möglicherweise hoffen sie auch, der Westen werde es vorziehen zu verhandeln, sobald der amerikanische Präsident vor einem derart schicksalsschweren Entscheid Zeichen der Unentschlossenheit zeige. Dies käme dem Zusammenbruch der Glaubwürdigkeit der amerikanischen Abschrekkung und über kurz oder lang des ganzen Nordatlantischen Verteidigungsbündnisses gleich.

Das sind die Folgen, die der sowjetische Überfall auf die Tschechoslowakei auf lange Sicht nach sich ziehen könnte. Denn die Sowjets können es sich erst dann leisten, eine der oben umrissenen Konfliktsituationen heraufzubeschwören, wenn sie auf dem Gebiet der atomaren Rüstung eine derart grosse Überlegenheit gewonnen haben, dass die Aussicht auf einen Nuklearkrieg für den Westen weit erschreckender erschiene als für die Sowjetunion. Bei allen Berechnungen, die in dieser Sache hinter verschlossenen Türen im Kreml angestellt werden, bilden die tschechischen Uran- und Ilmenitminen als die wichtigsten Produktionsstätten des Rohmaterials für den Ausbau des russischen Atomwaffen-Potentials bestimmt einen massgebenden Faktor. Zweifellos fällten die Sowjets aus diesem Grunde ihren historisch bedeutsamen Entscheid, in die Tschechoslowakei einzumarschieren. Der Westen beging einen schweren Fehler, als er sich nicht einmal zu einem Versuch aufraffte, die Russen daran zu hindern.

Eugene Hinterhoff

RÄTSEL MEXIKO

Bericht über einen Sonderfall

Je weiter man ins Innere des südamerikanischen Kontinents vordringt, desto deutlicher erkennt man die Hauptursachen seiner Rückständigkeit. Sie sind vielfältig, und meistens fehlen die Mittel, die Abhilfe schaffen könnten. Da ist einmal die grosse Masse der Indios, die nur ungenügend in die Gesellschaft integriert sind, dann die zahlenmässige Schwäche des Mittelstandes, die ungenügenden Lokalinvestitionen, die politische Unstabilität und der Überschuss an Akademikern, die vorwiegend eine juristische, politische oder bürokratische Laufbahn einschlagen.

Das einzige lateinamerikanische Land, in welchem stabile Verhältnisse herrschen, ist Mexiko. Diese Tatsache anerkennen nicht nur seine Nachbarn, welche infolge ihrer Kleinheit nicht in der Lage sind, dieses Beispiel nachzuahmen, sondern auch die grossen südamerikanischen Länder. Mit Erstaunen stellt man dort fest, dass sich Mexiko in einer beneidenswerten Lage befindet. Als Modell, dem man mit einer gewissen Erfolgsaussicht nacheifern kann, hat es sogar den Vereinigten Staaten den Rang abgelaufen.

Worin besteht nun die mexikanische Erfolgs-Story? Der wichtigste Faktor entzieht sich einer konkreten Analyse, handelt es sich doch gewissermassen um einen zwischen 1910 und 1930 gefassten nationalen Entschluss, sich nicht länger den Gefahren einer Revolution und einer permanenten Anarchie auszuliefern. Die Vergangenheit des Landes ist von Gewalttätigkeit überschattet, denn sowohl die Azteken wie auch die Spanier haben eine gemeinsame Neigung zur Aggressivität, und man darf nicht vergessen, dass die Nation aus dem Zusammenprall dieser beiden gewalttätigen Elemente hervorgegangen ist. Im 19. Jahrhundert liessen dann ausländische Interventionen – Amerikaner, Franzosen, Briten – das mexikanische Volk zur Einsicht gelangen, dass gegenüber den Invasoren Einigkeit geboten war. Heute findet sich auf keinem öffentlichen Platz eine Statue Fernando Cortez' – auch er kam ja als Eroberer ins Land...

Die Herrschaft der PRI

Jeder Gesprächspartner, ganz gleich, ob er nun zur politischen Rechten, zur Linken oder zum Zentrum gehört, erklärt einem zunächst, dass die PRI (Partido Revolucionario Institucional) eine Diktatur aus-

übe, dass das Regime dem Faschismus eines Mussolini gleiche, dass die übrigen Parteien ihre Existenz nur der Gnade der PRI verdankten und dass das Land wirtschaftlich immer mehr zum exklusiven Eigentum des Staates werde. Man räumt dagegen ein, dass die Partei keine näher bestimmte Ideologie besitzt, dass sie flexibel ist und sich nach der Praxis orientiert und dass sie eine grosse Gedanken- und Vereinsfreiheit duldet, sofern dadurch nicht gewisse Personen, gewisse Themen sowie die Errungenschaften der sakrosankten «Revolution» berührt oder in Frage gestellt werden.

Welches sind diese Tabus? Es seien hier die wichtigsten erwähnt: der Präsident, dessen Macht unbegrenzt ist; die Agrarreform, Grundlage der Revolution; die Nationalisierungen, zum Beispiel jene der amerikanischen Erdölgesellschaften; die Tatsache, dass die Stabilität im Grunde genommen das Ergebnis eines Balanceaktes ist, dessen Regeln eingehalten werden müssen!

Wie äussert sich die Tätigkeit der mexikanischen Regierung im täglichen Leben der Institutionen und bei der alle sechs Jahre fälligen Erneuerung des Mandates des Präsidenten? Die Frage ist von Bedeutung, wurden doch diese Institutionen erst kürzlich durch eine Rebellion in Frage gestellt, die über das studentische Milieu hinausgriff. Allerdings liess auch die Unterdrückung der Revolte nicht auf sich warten: Allem Anschein nach wurde damit ein Schlussstrich gezogen. Die Frage ist aber auch deshalb von Bedeutung, weil das mexikanische Regime eine Regierungsformel aufweist, die sich in der ganzen Welt wachsender Beliebtheit erfreut: die Koexistenz einer freien Wirtschaft *und* der Staatseinmischung; Pressefreiheit *und* staatliche Kontrolle; eine einzige herrschende Partei, die aber auch abweichende Meinungen und Interessen duldet. Ich kenne sehr einflussreiche Persönlichkeiten, die vom Ausland hergereist kommen, um in Mexiko jene Zauberformel zu finden, die eines Tages vielleicht in ihren Ländern Anwendung finden könnte...

Betrachten wir die «mexikanische Methode» am Beispiel der Pressefreiheit. Die Mexikaner sind keine eifrigen Zeitungsleser, und dementsprechend bleiben die Auflageziffern niedrig. Um existieren zu können, sind die Zeitungen auf Regierungssubventionen angewiesen. Diese erfolgen in mehreren Formen: Gewisse Journalisten haben Anrecht auf einen regulären Lohn. Ferner sind alle Zeitungen bereit, lange Texte abzudrucken, denen die Regierung eine grosse Verbreitung sichern will, und für diese Dienstleistung werden sie entsprechend belohnt. Alle Zeitungen sind verschuldet, doch die Regierung mobilisiert die Fiskalbeamten erst, wenn eine Zeitung sich gegenüber den geltenden Spielregeln allzu widerspenstig zeigt. Zudem ist das Zeitungspapier ein Regierungsmonopol; auf dem schwarzen Markt könnte es nur zu exorbitanten Preisen erstanden werden. Anderseits geniessen aber diese Zeitungen, wie bereits erwähnt, eine beachtliche Freiheit bei der Behandlung der grossen Weltprobleme. Sie können sich für oder gegen Castro aussprechen, objektiv über Rhodesien berichten, die gaullistische Politik analysieren usw. Der Preis für diese Freiheit besteht in der sorgfältigen Beachtung der Tabus, die auf dem Gebiete der Regierungspolitik gelten.

Elastizität und Pragmatismus – Geheimnis der «mexikanischen Methode»

Diese Politik beruht auf einem ausgeklügelten Kräftespiel. Eine Besonderheit liegt bereits in der Art, wie die Kontinuität von einem Präsidenten zum andern gewahrt wird. Gewiss, jeder Präsident ist recht eigentlich ein Diktator, doch seine Wahl geschieht mit der Zustimmung seines Vorgängers und der Exponenten der bestehenden Ordnung. So bringt zwar jeder Präsident eine neue Politik, ist aber zugleich genötigt, sich an die allgemeine Linie der Partei (PRI) zu halten. Der letzte Präsident, *Lopez Mateos*, war sozialreformerisch orientiert; sein Nachfolger, *Diaz Ordaz*, ist konservativ. Jener hatte castri-

stische Sympathien, während Ordaz, der unter seinem Vorgänger die interamerikanische Politik formuliert hatte, grossteils für den Anti-Castrismus der mexikanischen Diplomatie verantwortlich ist.

Die Devise lautet daher «Elastizität in allen Dingen», auch in der Auslegung der sogenannten «revolutionären» Verfassung. Nehmen wir zum Beispiel das Verhältnis zur Kirche. Ihre Existenz ist offiziell nicht anerkannt, weshalb sie von der Unterstützung der Gläubigen als Privatpersonen abhängig ist. Da sich aber 70 Prozent der Bevölkerung zum katholischen Glauben bekennen, geniesst sie zahlreiche Privilegien. Da ihr Land- und Immobilienbesitz versagt ist, bilden sich jeweils als Eigentumsträger Laiengruppen, welche das Land oder die Gebäude dann den geistlichen Amtsträgern zur Verfügung stellen. So entstehen Schulen, Spitäler und karitative Werke.

Auf der ganzen Linie herrscht somit Pragmatismus. Wirtschaftskreise zum Beispiel kritisieren heftig die Regierung, sind aber trotz der für sie fast unerträglichen demagogischen Züge der Arbeitsgesetzgebung sehr aktiv, weil sie genau wissen, dass die Regierung Unternehmen, die nicht erfolgreich arbeiten, verstaatlicht. Auch die Gewerkschaften zeigen sich oft widerspenstig: Die Regierung schafft dann jeweils neue Gewerkschaften und sorgt dafür, dass neue Führer Oberhand über die widerspenstigen Kräfte erlangen.

Bestehen trotz dieses ausgeklügelten Gleichgewichts Gefahren, welche die mexikanische Stabilität bedrohen?

Das Problem der wirtschaftlichen Entwicklung

Es gibt deren zwei. An erster Stelle steht das Agrarproblem. Man könnte meinen, die berühmte Reform der zwanziger Jahre – der Grundpfeiler der Revolution und der PRI – habe dieses Problem gelöst, das ja in Mexiko fast ebenso dornig ist wie in den übrigen Ländern Lateinamerikas. Dem ist keineswegs so. Die Landverteilung betraf zwei Drittel des fruchtbaren Bodens, wobei es sich erst noch nur um die dürren und gebirgigen Teile des Landes handelte. Das übrige Drittel verblieb in den Händen der Grundeigentümer, wobei die Fläche, die sie besitzen dürfen, begrenzt wurde. Ähnlich wie in Russland liefert aber dieses in Privatbesitz befindliche Drittel zwei Drittel des landwirtschaftlichen Ertrags und sichert der Bevölkerung eine ausreichende Ernährung. Der in kleine – allzu kleine – Parzellen aufgeteilte Sektor ist nicht Privatbesitz; der Bauer ist nur Nutzniesser. Er kann das Land weitervererben, aber nicht verkaufen.

Wer ist Besitzer dieses Bodens, dieser individuellen Parzellen? Ich habe diese Frage Politikern, Advokaten, Grundeigentümern gestellt und keiner konnte mir eine Antwort geben. In bezug auf diesen Punkt ist die Verfassung einmal mehr sehr verschwommen. Tatsache ist, dass die Kleinbauern, grösstenteils Indios, bei dieser Reform nicht auf ihre Rechnung kommen. Sie pflügen schlecht, vermögen nicht die nötigen Anleihen zu beschaffen, und sie sind zu individualistisch eingestellt, um sich zu Genossenschaften zusammenzuschliessen. Da die Geburtsrate sehr hoch ist, muss man sich fragen, was geschehen wird, wenn die Bevölkerungszahl einmal von den heutigen 42 auf 70 Millionen angestiegen ist, was ungefähr 1980 der Fall sein dürfte.

Um diese Millionen, die kein Land besitzen werden, zu absorbieren, muss das Land industrialisiert werden. Doch da wirkt sich die Doktrin der Revolution als Hindernis aus: Der wirtschaftliche Nationalismus schränkt die ausländischen und vor allem die amerikanischen Investitionen drastisch ein. Gewiss muss sich Mexiko gegen seinen mächtigen Nachbarn zur Wehr setzen. Die Folge ist aber, dass verhältnismässig wenige Mexikaner in der Industrie tätig sind und dass nur drei oder vier Regionen, mit Einschluss der Hauptstadt, als «entwickelt» angesprochen werden können. Dem Durchschnittsmexikaner fehlen die Mittel, um die Erzeugnisse der Lokalindustrie kaufen zu können. So gibt

es zwischen den Luxusartikeln, die den Reichen und den Touristen vorbehalten sind, und der billigen und schlechten Ware keine goldene Mitte. Verlässt man die Hauptstadt oder die paar wenigen Gebiete, wo ein relativer Wohlstand herrscht, so trifft man allzu oft Armut oder gar Elend.

Kommunistische Agitation

Das zweite grosse Problem: das Wirken der kommunistischen Propaganda in den Agrargegenden. Es ist verhältnismässig einfach, den Kommunismus in den weit entfernten Regionen unter Kontrolle zu halten, und die Regierung zögert keineswegs – trotz der Linksorientierung, die sie offiziell zur Schau trägt –, hart durchzugreifen. Von Zeit zu Zeit werden die kommunistischen Rädelsführer, wie zum Beispiel kürzlich im Staate Chihuahua, verhaftet und erschossen, ohne dass die übrige Welt etwas davon erführe. Doch der Kommunismus arbeitet auch in den Gewerkschaften und, wie überall, unter den Intellektuellen und den Studenten. Man darf nicht vergessen, dass das «revolutionäre» Mexiko während langer Zeit die grosse Hoffnung des Kremls auf dem amerikanischen Doppelkontinent bildete, dass Trotzki hier Zuflucht fand, dass an der «Universidad Obrera» die Brüder Castro ausgebildet wurden und hier Ché Guevara kennenlernten, dass die meisten spanischen Kommunisten nach ihrer Niederlage im Bürgerkrieg nach Mexiko auswanderten.

In Mexiko besteht demnach eine kommunistische Tradition, doch hat die Regierung in dieser Frage mit der ihr eigentümlichen Geschicklichkeit gehandelt. Die alte Generation der Kommunisten wurde in die Bürokratie oder in das politische Leben integriert und erhielt beträchtliche Einkünfte zugesprochen. Den jüngeren Radikalen gegenüber streicht die Regierung ihre Linksorientierung, ihre Revolution und ihre unversöhnliche Haltung gegenüber den Vereinigten Staaten heraus. Mexiko ist der einzige Staat in der Hemisphäre, der mit Kuba diplomatische Beziehungen unterhält und gleichzeitig keinen Augenblick zögert, jede castristische Initiative im Innern des Landes zu unterdrücken. Das war der Fall vor achtzehn Monaten, als eine Gruppe revolutionärer Intellektueller verhaftet wurde, und neuerdings anlässlich der Kundgebungen, die im letzten Sommer, kurz vor den Olympischen Spielen, stattfanden. In den Vereinten Nationen stimmt Mexiko regelmässig mit der Dritten Welt und oft gegen Washington, da man sich hier sagt, dass die Vereinten Nationen in der Weltpolitik kein grosses Gewicht haben.

Gleichgewicht der Kräfte im Innern

Der Militarismus, an dem sich in Lateinamerika traditionell die Gegensätze entzünden, wurde gleichfalls erstickt. Zuerst wurde mit dem Ausdruck «Zivilismus» eine Art Gegenideologie geschaffen. Dann wurde die Armee buchstäblich entwaffnet. Eine moderne Ausrüstung behielten nur die absolut unerlässlichen Regimenter sowie vor allem die «Präsidentielle Division», eine Art Leibgarde. Die Generäle sind alle Nutzniesser des Fortschritts und des Wohlstandes: man hat ihnen die Einnahmen aus den Tanksäulen (der Staat hat ein Monopol auf alle Erdölprodukte) ebenso wie einige andere Einnahmequellen zugesprochen, so die Einkünfte aus dem öffentlichen Verkehrswesen. Die übrigen Offiziere haben Stellungen in der Verwaltung, ihre Gehälter werden regelmässig erhöht, und ihre Beförderung ist gesichert.

Auf diese Art hat Mexiko ein nahezu vollkommenes Gleichgewichtssystem geschaffen. Dementsprechend geniesst das Land in den übrigen Bruderländern einen ausgezeichneten Ruf: Es nimmt heute jenen Rang ein, den vor etwa vierzig Jahren Argentinien in bezug auf Fortschrittlichkeit und Stabilität innehatte. Ich möchte nochmals betonen, dass sich eine Linke und eine Rechte gegenüberstehen und sich gegenseitig anklagen, die Regierung «gepachtet» und damit die Revolution ver-

fälscht zu haben. Je nach dem Standort des Gesprächspartners erfährt man, das Land gleite nach links oder nach rechts. Man gewinnt den Eindruck, dass das Regime, das heisst die PRI, die beiden Flügel sich in gegenseitigen Beschuldigungen totlaufen lässt oder sie gar dazu ermutigt, um die Macht allein kontrollieren zu können. Jedenfalls erweckt es den Anschein, dass unter allen lateinamerikanischen Ländern Mexiko das einzige ist, welches die chronischen Schwierigkeiten, an denen der Kontinent leidet, schlecht und recht überwunden und den Weg zum Fortschritt eingeschlagen hat.

Thomas Molnar

INNENPOLITISCHE RUNDSCHAU

Ein Monat der Prozesse

Der erste Monat des neuen Jahres ist zu einem Monat der Prozesse geworden. Nicht nur als Folge des innenpolitischen «Januarlochs», sondern auch im Hinblick auf ihre besondere Art zogen im Januar die Gerichtsverhandlungen in Delsberg über jurassische Terroristen und in Zürich über die sonderbaren «heiligen Eltern» in ausserordentlichem Masse das öffentliche Interesse auf sich. Bei allem Verständnis für das Informationsbedürfnis und die Informationspflicht drängte sich dabei einmal mehr die Frage auf, ob die epische Breite, mit der auch die seriöse Presse über alle Einzelheiten solcher Verfahren zu berichten pflegt, wirklich in einem höheren Sinne dem öffentlichen Interesse entspreche. Gewiss war es zu allen Zeiten so, dass das Ausserordentliche im Guten wie im Bösen die Menschen besonders gefangen nahm. Und gewiss stechen Einzelschicksale, wie sie in den beiden spektakulären Prozessen zur Sprache kamen, in unserer Epoche der anonymen Massengesellschaft womöglich noch greller hervor, als dies zu andern Zeiten der Fall gewesen wäre. Das ändert aber nichts daran, dass die meinungsbildende Wirkung der fortlaufenden, jedem Detail folgenden Grossreportagen über solche Rechtsfälle unter dem Gesichtspunkt der öffentlichen Erziehung als recht fragwürdig erscheint.

Streit um die «Terroristenkrone»

Die Szene des Terroristenprozesses in Delsberg war durch zwei Merkmale gekennzeichnet, die für die Situation im Jura typisch sind. Einerseits war von den beiden Angeklagten nur einer anwesend. Dem zweiten, Jean-Baptiste Hennin, war schon bald nach der 1966 erfolgten Verhaftung die Flucht nach Frankreich gelungen, wo er mit Erfolg um politisches Asyl ersuchte. Anderseits bot sich das merkwürdige Bild, dass ein Angeklagter alles tat, um seine Übeltaten besonders herauszustreichen. Imier Cattin legte es auf einen eigentlichen Streit um die Führerschaft in dem Terroristenteam an. Hatte sich Hennin in Frankreich damit gebrüstet, der eigentliche Initiant der Brandstiftungen von 1965 und 1966 gewesen zu sein, so beanspruchte Cattin diese «Ehre» nun für sich. Während Hennin in einem Interview kurz vor dem Prozess erklärt hatte, Cattin sei vor allem die Rolle des Chauffeurs zugefallen, so betonte dieser nun vor dem Richter, dass Hennin zwar leidenschaftlich, aber unschlüssig gewesen sei und der Führung bedurft habe. Das Geschworenengericht kam indessen zu einem andern Schluss. Es verurteilte Hennin zu 6½, Cattin «nur» zu 4½ Jahren Zuchthaus. Erschwerend fiel bei der Strafzumessung vor allem die Gefährdung von Menschenleben durch die Brandstiftungen ins Gewicht.

Streit um die Krone des Terroristen im Angesicht des Gerichtshofes – nichts vermöchte die Stimmungslage, die durch den Separatismus im Jura entstanden ist, besser zu illustrieren als diese puerile Sucht nach politischem Märtyrertum.

Rückfall ins dunkelste Mittelalter

Ins dunkelste Mittelalter versetzt fühlt man sich angesichts des Tatbestands, der in diesen Tagen vom Geschworenengericht des Kantons Zürich behandelt werden muss. Mitten in unserer scheinbar so rationalen und aufgeklärten Indutriegesellschaft war es möglich, dass sich eine religiöse Gemeinschaft zum Zwecke der Teufelsaustreibung bilden konnte, der am 14. Mai 1966 ein 17jähriges Mädchen zum Opfer fiel, indem es buchstäblich zu Tode geprügelt wurde.

Im Verlauf der Einvernahmen bot sich ein schauerliches Bild religiöser Verstiegenheit und Perversion, wobei man kaum je den Eindruck hatte, dass sich bei den Angeklagten so etwas wie echte Einsicht und Reue durchsetze. Der Fall dürfte neben der Rechtspflege auch die zuständigen Wissenschaftssparten und kirchlichen Behörden noch während längerer Zeit beschäftigen. Darüber hinaus drängt sich die Frage auf, ob die Gemeinschaft der «heiligen Familie» um den exkommunizierten Pater Stocker und seine Gefährtin wirklich einen Einzelfall darstelle. Manches deutet darauf hin, dass diese Art von religiösem Schwärmertum nach wie vor weit stärker verbreitet ist, als man gemeinhin anzunehmen pflegt.

Die Polizeiaktion des Monats

Es macht den Anschein, dass nun auch hierzulande Krawallszenen sozusagen zur Gewohnheit werden. Waren im Dezember das Bundeshaus und die Hauptwache der Zürcher Stadtpolizei die Ziele von illegalen Demonstrationen und Anschlägen, so verlagerte sich anfangs Januar der Schauplatz nach Luzern. Der plötzliche und zunächst unerklärliche Tod eines jungen Mannes, der in einem tobsuchtähnlichen Zustand randaliert hatte und auf Ersuchen seiner Angehörigen unter Gewaltanwendung in polizeilichen Gewahrsam genommen worden war, führte zu einer gespannten Atmosphäre rund um die Luzerner Stadtpolizei. Das schien für rauflustige junge Leute in- und ausserhalb Luzerns Anlass genug, um nach bereits sattsam bekanntem Muster vor der Polizeiwache «eine Schau abzuziehen». Und wie dies heutzutage offenbar auch bereits zur Gewohnheit geworden ist, fanden sich darüber hinaus jugendliche Praktiker und Strategen des Aufruhrs ein, denen die Gelegenheit willkommen war, um die schon anderweitig entwickelten Regiekünste erneut zu erproben.

Die Kraftprobe nahm diesmal allerdings einen andern Verlauf als im vergangenen Sommer auf der Zürcher Bahnhofbrücke. Gewitzigt durch die Erfahrungen früher betroffener Polizeikorps, liess sich die Luzerner Polizei nicht auf eine «offene Feldschlacht» ein, wie dies die jugendlichen Pseudorevolutionäre mit allen Mitteln anstrebten, um neue «Märtyrer der Revolution» zu schaffen. Statt dessen stehen diese «Führernaturen» nun selbst im Begriff, zu «Opfern des Polizeistaates» zu werden. Sie wurden von der Polizei während des Krawalls unauffällig identifiziert und gewärtigen nun ein Verfahren wegen Landfriedensbruch. Da sich darüber hinaus ergeben hat, dass der in Polizeihaft verstorbene junge Mann sich selbst vergiftet hatte, bleibt nach diesen Krawallen kein politischer Trümmerhaufen übrig.

Es wäre sicherlich verfehlt und auch ungerecht, nun allzu weitreichende Vergleiche mit den «Zürcher Unruhen» zu ziehen. Eine Gesamtbilanz der letzten Monate im Umgang mit «Revolutionären» ergibt aber eindeutig, dass sich strengste Disziplin der Ordnungshüter unter allen Umständen bezahlt macht, sofern sie nicht den Anschein von Schwäche erweckt. Wenn es auch fernerhin gelingt, die eigent-

lichen Schuldigen solcher illegaler Krawalle mit fester Hand und ohne aufreizende «Schau» auf dem unauffälligsten Weg der Justiz zuzuführen, dann dürfte sich die latente Bereitschaft zu Ausschreitungen sehr rasch wieder legen. Nach den bisherigen Feststellungen waren die grossen Scharen jeweils fast durchwegs mehr oder weniger naive Mitläufer, die sich aus «Plausch» in den Rummel hineinziehen liessen. Die eigentlichen Drahtzieher und Agitatoren sind sehr gering an der Zahl. Ihnen das Handwerk zu legen, sollte eigentlich für unsere Behörden keine unlösbare Aufgabe darstellen.

Kein Ruhmesblatt der Milchwirtschaft

Erst zu Anfang des neuen Jahres ist bekannt geworden, dass Kanada und die Vereinigten Staaten im letzten Sommer schweizerische Käseimporte beanstanden und zurückweisen mussten, weil sie giftige Rückstände von Schädlingsbekämpfungsmitteln enthielten. Zwar konnte man bei dieser Gelegenheit vernehmen, dass der Nachweis solcher Mängel recht schwierig ist und dass die nun im Ausland festgestellten Rückstände noch vor kurzem unbemerkt geblieben wären. Das ist indessen gerade auch für den inländischen Konsumenten ein äusserst schwacher Trost, und es bleibt zu hoffen, dass alles getan wird, um den Käsekonsumenten im In- und Ausland für alle Zukunft vor weiteren derartigen Überraschungen zu bewahren.

Zu Recht ist im übrigen in diesem Zusammenhang ganz allgemein die Frage unserer Käsequalitäten wieder aufgeworfen worden. Offensichtlich besteht ein Überschuss an minderen und ein Mangel an erstklassigen Käsesorten. Der Grund liegt anscheinend in der schwindenden Qualität der Milch, für deren Überwachung zwar ausgezeichnete Reglemente bestehen, die aber anscheinend viel zu large angewendet werden. Unsere Milchwirtschaft hat allen Grund, hier möglichst rasch um Abhilfe besorgt zu sein. Es geht nicht nur um ein paar verunglückte Käseexporte, sondern es geht um den guten Ruf unserer Landwirtschaft.

Neujahrsempfang

Seit die Sonn- und allgemeinen Feiertage auch in der Politik immer mehr zu unantastbaren Ruhetagen geworden sind, wird der traditionelle Neujahrsempfang der Landesregierung auch in Bern nicht mehr am 1. Januar, sondern nach Abschluss der Festtage, am Ende der ersten vollen Arbeitswoche des neuen Jahres, durchgeführt. Während der Sprecher des diplomatischen Korps in wohlgesetzten Worten die Freundschaft und Achtung gegenüber dem Gastland zum Ausdruck brachte, unterstrich Bundespräsident von Moos, dass auch ein kleines Land an der Verantwortung für die Gestaltung der Zukunft mitzutragen habe, und betonte einmal mehr die Bereitschaft der Schweiz, jederzeit ihre Guten Dienste für friedenserhaltende Aktionen zur Verfügung zu stellen.

Absage an den Fremdenhass

Am Neujahrstag selbst wandte sich der Bundespräsident über Radio und Fernsehen mit der traditionellen Ansprache an das Schweizervolk. Er betonte darin die Notwendigkeit der Bereitschaft und Offenheit für die Diskussion um eine Fortentwicklung unserer politischen Einrichtungen, fügte aber gleichzeitig mit Nachdruck bei, dass die Neuerungen im Rahmen unserer rechtsstaatlichen Methoden und Institutionen anzustreben seien. Im Hinblick auf die wachsende Neigung auch in unserem Lande zu «ausserparlamentarischer Opposition» war diese Mahnung sicherlich am Platz.

Einen Kernpunkt der Rede bildete im übrigen die Aufforderung, die Grundsätze der Toleranz auch den Fremdarbeitern gegenüber ohne Vorbehalte anzuwenden. Der Bundespräsident wies nachdrücklich auf den grossen Beitrag hin, den die ausländischen Arbeitskräfte an unseren wirt-

schaftlichen Fortschritt leisten. In Beantwortung einer Kleinen Anfrage doppelte der Bundesrat dann in seiner Sitzung vom 8. Januar in dieser Richtung nach. Er betonte darin das Postulat, jegliche Art von Diskriminierung zu bekämpfen und die Assimilierung nach Möglichkeit zu fördern.

Vor einem Abstimmungskampf um das ETH-Gesetz

Einen Tag vor Ablauf der Referendumsfrist reichten die studentischen Gegner des neuen ETH-Gesetzes annähernd 50000 Unterschriften ein – erforderlich sind 30000 – und stellten damit unter Beweis, dass es auch heutzutage noch möglich ist, ohne grosse Finanzquellen einen solchen Vorstoss einzuleiten. Während in Deutschland und anderswo die Unruhen an den Hochschulen erneut aufgeflackert sind und inzwischen zu Ausschreitungen, Streiks und Schliessungen von Universitäten oder Instituten geführt haben, rüsten sich also die schweizerischen Studenten zu einem Abstimmungskampf, bei dem es darum geht, dass mit einer Rückweisung der vorliegenden Gesetzesrevision mit ihrem Hauptpunkt der Übertragung der Lausanner EPUL an den Bund der Weg zu einer unmittelbaren Einleitung einer ausgedehnteren ETH-Reform freigelegt werden soll.

Der Ausgang der Abstimmung, die auf den Monat Mai fallen dürfte, ist schwer abzuschätzen. Es wird vieles vom Verhalten der Parteien abhängen, aber auch von der Art und Weise, wie die Kampagne geführt werden wird. So oder so wird das Resultat kein Landesunglück bedeuten. Es geht nicht um den *Grundsatz* der Hochschulreform, der weithin unbestritten ist, sondern um den zweckmässigsten *Weg* dazu.

Spectator

Echter Dienst am Sozialen ist nicht Herrschaft oder Führung, besteht nicht einmal im gemeinsamen Streben nach gleichen Zwecken, sondern in den Beiträgen, die wir zu einem Prozess leisten, der grösser ist, als wir selber sind, aus dem stets Neues, Unvorhergesehenes herauswächst und der sich nur in Freiheit auswirken kann.

Friedrich A. von Hayek